

# Zeitschriften-Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **51 (1959)**

Heft 11

PDF erstellt am: **26.09.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*  
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, [www.library.ethz.ch](http://www.library.ethz.ch)

<http://www.e-periodica.ch>

## *Grundziele der Gewerkschaftsbildung*

Die vom IBFG in deutscher Sprache veröffentlichte Monatsschrift *«Freie Gewerkschaftswelt»* bringt im Septemberheft einen wichtigen Aufsatz *«Gedanken zur gewerkschaftlichen Bildung»*, von *Albert Hammerton*, dem Leiter der Bildungsarbeit des IBFG. Nach einer bemerkenswert freimütigen Selbstkritik der Schwächen der heutigen Gewerkschaftsbewegung kommt Hammerton auf die Prinzipien der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit zu sprechen:

«Es genügt nicht, die Gewerkschaftsschulung auf Funktionäre in verantwortlichen Stellungen zu beschränken. Im Gegenteil, gesunde Gewerkschaften brauchen eine wohlunterrichtete Mitgliedschaft. Infolgedessen sollte sämtlichen Gewerkschaftsmitgliedern eine Gewerkschaftsbildung geboten werden, die es allen ermöglicht, ihre Interessen zu wahren und in der sich diejenigen bewähren können, die künftig verantwortliche Stellungen übernehmen sollen. Es ist wesentlich, jedem einzelnen Gewerkschaftsmitglied Gelegenheit zu geben, an der Gewerkschaftsbildung teilzunehmen.

Die Gewerkschaftsbildung hat drei Grundziele. Zunächst einmal, die Masse der Gewerkschaftsmitglieder mit den Grundsätzen der Bewegung bekannt zu machen: für was sie eintritt, ihre geschichtlichen Hintergründe und die Art, wie sie arbeitet. Zweitens, die Funktionäre so zu schulen, daß sie ihre Aufgaben besser erfüllen können, und ihnen ein Gefühl der Berufung zu geben (die ältere Führergeneration hatte dieses Gefühl, aber heutzutage wird die Arbeit in der Gewerkschaftsbewegung vielfach als Karriere und nicht als Berufung angesehen). Und schließlich, den Funktionären wie auch den übrigen Mitgliedern allgemeine Kenntnisse verschiedener Art zu vermitteln, die zum Verständnis und zur Behandlung der äußerst verwickelten wirtschaftlichen und sozialen Probleme der heutigen Welt erforderlich sind.

Der wichtigste Aspekt der Bildung, vom Standpunkt der Gewerkschaftsbewegung aus gesehen ist die Schulung der eigenen Mitglieder in den Grundbegriffen des Gewerkschaftswesens und verwandter Gebiete. Wenn dies gelingt, so kann das Anwachsen der Mitgliederzahl zu einer wirklichen Kraftquelle werden... Ich glaube, daß heute bei der Menge von sonstigen Bildungsmöglichkeiten die Gewerkschaften sich unbesorgt auf ihre Hauptaufgabe konzentrieren können und müssen. Die Gewerkschaftsbewegung spielt in vielen Ländern eine bedeutende Rolle, ihre Macht ist gewachsen, aber andererseits hat sie es versäumt, ihre Funktionäre und Mitglieder zu schulen. Hier gilt es, Abhilfe zu schaffen.»

Abschließend sagt der Leiter der Bildungsabteilung des IBFG: «Ein solches Programm erfordert viel organisatorische Arbeit, aber ich glaube zuversichtlich, die Mühe wird sich lohnen... Es ist unbezweifelbar, daß jeder Rappen, den Gewerkschaften für Zwecke der gewerkschaftlichen Grundbildung ausgeben, hundertfältig Zinsen tragen wird.»

Soweit dieser grundsätzlich und konkret wertvolle Beitrag zur Frage der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. Darüber hinaus möchten wir die Gelegenheit benutzen, wieder einmal darauf hinzuweisen, wie außerordentlich reich der weltumspannende Inhalt von *«Freie Gewerkschaftswelt»* ist. Nur aus den letzten Heften sei erwähnt, daß wir dort außerordentlich instruktive Berichte und Artikel über Spanien, Cypern, Ungarn, Nicaragua, Njassaland, Südafrika, Schweden, Marokko und andere Länder aus allen Erdteilen und daneben grundsätzliche Aufsätze über Gewerkschaftsprobleme fanden.

*Der Kommunismus ist gefährlicher geworden!*

Im Rahmen der Diskussion über die Wiener Weltjugendfestspiele und über das Verhalten der Antikommunisten bei solchen Gelegenheiten macht der bekannte deutsche Sozialpädagoge Lo-

renz Knorr in der «Frankfurter Rundschau» (Nr. 184) Bemerkungen von ebenso aktueller wie grundsätzlicher Bedeutung:

«Ich war als Journalist und Gast einer österreichischen Jugendorganisation, die nicht am Festival teilnahm, während der Weltjugendfestspiele in Wien. Mit andern Kollegen bin ich der Auffassung, daß die ‚Gegenaktionen‘ kaum wirksam wurden, weil sie auf einer falschen Einschätzung der Situation beruhten. Vielleicht darf man als Konsequenz für die Zukunft festhalten, daß jeder Diskussionsredner gegen Kommunisten unterliegen muß, wenn er auf die Propagandalügen mancher westlicher Regierungen vertraut. Sie sind nach fünf Minuten ernsthaftem Gespräch unbrauchbar. Der Kommunismus ist nämlich unterdessen viel gefährlicher geworden als er zu Stalins Zeiten noch war. Die dumme Prahlerei mit unserem Lebensstandard imponiert dieser Jugend nicht. Erinnerungen an Tibet, Ungarn und Doktor Schiwago waren dann völlig wirkungslos, wenn man sie provokativ vortrug. Nur durch sachliche Gespräche konnte man die schwachen Punkte finden: Ostjustiz, Revisionismus usw. und sie zum Nachdenken bringen. Man muß schon sehr viel politisches Wissen haben, wenn man gegen diese Jugend bestehen will. Das aber ist die Schwäche des Westens, genauer die Schwäche und das Dilemma jener restaurativen Kräfte, die im Westen die meisten Machtpositionen besetzt haben: Widerstandskraft gegen die Angriffe der östlichen Jugend hat nur jemand, der politisch gebildet ist. Politisch gebildete Staatsbürger aber werden die Macht der restaurativen Kräfte im Westen sehr schnell brechen!

Ich habe den Eindruck, daß die vielen nichtkommunistischen Teilnehmer aus Afrika und Südasien dem Kommunismus ungleich freundlicher gegenüberstehen als dem westlichen Imperialismus und der USA-Weltmacht. Immer wieder konnte man Hinweise auf Suez 1956 und Algerien oder Libanon und Zypern hören. ‚Der Westen hat kein moralisches Recht, den Kommunismus zu verurteilen! Seine Weste

ist schmutziger. Wir haben die Geschichte der letzten hundert Jahre kennengelernt!‘ Das sagte ein Negerstudent, und er fand Beifall bei den meisten seiner afrikanischen Freunde. Und wenn man die Reaktion des Westens auf das kommunistische Festival abtestete, konnte man eher eine Schwächung der westlichen Position durch die Ungereimtheit seiner Gegenmaßnahmen feststellen als eine Stärkung.

Vielleicht wäre der Westen besser beraten gewesen, wenn er sachlich berichtet und die Anliegen dieser Jugend ernst genommen hätte. Man darf die fällige geistige Auseinandersetzung mit dem Weltkommunismus und seinen potentiellen Helfern nicht auf die leichte Schulter nehmen. Wenn die westlichen Agitatoren nichts Besseres gegen den Kommunismus einzusetzen haben, als sie es in Wien getan haben, dann gute Nacht, westliche Demokratie!»

\*

#### *Die chemische Industrie Großbritanniens*

Die vom Hamburgischen Weltwirtschaftsarchiv in Verbindung mit dem Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel herausgegebene Monatschrift «*Wirtschaftsdienst*» veröffentlicht in Heft 8 eine auch für uns in der Schweiz sehr interessante, ungewein gründliche Untersuchung über die chemische Industrie Großbritanniens. Der Verfasser, Dr. George Abrahamson (London), stellt einleitend fest:

«Die chemische Industrie nimmt in der britischen Volkswirtschaft einen sehr bedeutenden Platz ein. Ihr Arbeitsfeld weitet sich ständig aus, so daß sie heute über 400 000 Personen beschäftigt und 8–9 Prozent der gesamten Industrieerzeugung stellt. Ihre Produktion hat sich seit der Vorkriegszeit fast verdreifacht und im letzten Jahrzehnt — bei einer Steigerung der Beschäftigtenzahl um ein Fünftel — nahezu verdoppelt. Obwohl sich das Wachstumstempo verlangsamt hat und die allgemeine Wirtschaftsstagnation im letzten Jahr einen weiteren Aufschwung verhinderte, kann die bri-

tische chemische Industrie mit ihrer Entwicklung seit Kriegsende durchaus zufrieden sein.»

Im nächsten Kapitel stellt Dr. Abrahamson dar, daß die britische chemische Industrie in ihrer Standortwahl größtenteils rohstoffgebunden sei und daß sich durch verschiedene neue Rohstoffquellen geographische Verschiebungen ergeben haben: «Die Verfügbarkeit neuer Rohstoffe hat der britischen chemischen Industrie wesentlich geholfen, die Produktion dem Bedarf ihrer Kunden und den Möglichkeiten neuer Fabrikationsverfahren entsprechend laufend zu erweitern.»

Das nächste Kapitel behandelt die Investitionsfinanzierung seit 1948 und konstatiert: «Die Kapitalinvestitionen im Bereich der Chemie liegen bedeutend höher als in andern britischen Wirtschaftszweigen.»

Das Kapitel «Erzeugung und Ausfuhr» berichtet über die ständige Steigerung der chemischen Erzeugung: «Im letzten Jahrzehnt hat die Chemieerzeugung ständig stärker zugenommen als die britische Industrieproduktion im ganzen, nachdem sie im vorangegangenen Jahrzehnt nur etwa im gleichen Maße gestiegen war. Die besonders große Expansion der Chemieerzeugung ist auf Fortschritte in einigen Zweigen wie der Petrochemie und der Kunststoffherzeugung zurückzuführen. Ganz allgemein läßt sich sagen, daß ein verhältnismäßig großer Teil der chemischen Produktion auf Erzeugnisse entfällt, die vor dem Krieg überhaupt noch nicht hergestellt wurden, ja sogar unbekannt waren.»

Im Kapitel «Betriebsgröße und Besitzstruktur» konstatiert der Verfasser, daß für die britische chemische Industrie der kapitalintensive Großbetrieb charakteristisch sei, doch liefere auch der Mittelbetrieb mit einigen hundert Beschäftigten einen sehr bedeutenden Beitrag zur chemischen Erzeugung.

Das letzte Kapitel behandelt die Auslandsverflechtung der britischen chemischen Industrie. Hier sagt Dr. Abrahamson:

«Die chemischen Industrien der großen Commonwealth-Länder sind durchwegs mit Hilfe britischer Firmen

aufgebaut worden, und die Tochtergesellschaften britischer Konzerne sind noch immer führend an der Entwicklung der chemischen Produktion im Commonwealth beteiligt, so daß die britische chemische Industrie nicht nur ihre eigene Expansion und Modernisierung, sondern auch einen großen Teil der Kapitalaufwendungen für chemische Produktionsstätten im Commonwealth finanzieren muß. Die führenden britischen Konzerne sind durchwegs durch eigene Zweigunternehmen in den großen Commonwealth-Ländern vertreten. Die Ausweitung chemischer Fabrikationen im Commonwealth und anderen Ueberseeländern hat auch das Ergebnis, daß der Auslandsabsatz alteingeführter, in großen Mengen benötigter Produkte in dem Maße zurückgeht oder wenigstens stagniert, wie Ueberseemärkte von lokalen Fabriken beliefert werden können... Andererseits geben aber gerade Großbritannien weltweite Handelsbeziehungen der chemischen Industrie die Möglichkeit, von einem Wirtschaftsaufschwung, erhöhter Kaufkraft und wachsendem Wohlstand in Ueberseeländern Nutzen zu ziehen.»

### *In der Vergangenheit wühlen?*

In der letzten Zeit finden in der Bundesrepublik immer häufiger Prozesse statt, in denen Kriegsverbrecher der Hitlerzeit sich für ihre nun fünfzehn bis zwanzig Jahre zurückliegenden Untaten verantworten müssen. Das hat dazu geführt, daß an manchen Stellen in Westdeutschland wie im Ausland die Frage aufgeworfen wurde, ob es richtig und sinnvoll sei, derart «in der Vergangenheit zu wühlen». Auf diese Frage gibt jetzt ein hoher Richter der Bundesrepublik, Dr. *Martin Baring*, Senatspräsident beim Bundesverwaltungsgericht Berlin, in der vom Deutschen Gewerkschaftsbund herausgegebenen Monatsschrift «*Der deutsche Beamte*» eine überzeugende Antwort.

Wir müssen hier darauf verzichten, die mehr juristischen Teile dieses Aufsatzes zu zitieren. Wir beschränken uns darauf, den grundsätzlichen Standpunkt des Verfassers durch die Wie-

dergabe der folgenden Sätze zu kennzeichnen:

«Was wir tun dürfen und tun müssen — gerade als Beamte, gerade als Richter: Da, wo sich uns immer die Gelegenheit bietet, den Abscheu nähren gegen die schmachvollen Taten, die in solchen Verfahren ans helle Licht der Öffentlichkeit gezogen werden: daß es niederträchtig ist, sich an wehrlosen Gefangenen zu vergreifen, daß es jedem menschlichen und göttlichen Recht widerspricht, Menschen gefangenzusetzen und gar zu quälen oder zu töten, weil sie eine abweichende politische oder religiöse Auffassung vertreten oder auch nur einer anderen Rasse angehören, und daß schließlich diejenigen, die daran mitgewirkt haben — sei es auch nur am Rande, sei es auch nur auf Befehl und unter sonstigem Zwang, wie nunmehr regelmäßig behauptet wird — daran zu tragen haben werden bis an ihr Lebensende.»

Senatspräsident Dr. Baring wirft dann auch die Frage auf, wem die Zahlung von Renten oder Unterstützungen zu verweigern sei. Wir wollen auch zu diesem Punkt noch seine Stellungnahme zitieren:

«Anders als es in den totalitären Staaten geschah und geschieht, werden

wir im sozialen Rechtsstaat niemanden davon ausschließen, eine verdiente Rente oder gar Sozialfürsorge zu erhalten. Wir werden vielmehr unsere Hilfsbereitschaft zu bewähren haben gegenüber allen denen, die ohne eigenes Zutun Not oder Verfolgung leiden. Die christlichen Kirchen verwenden hier von alters her den altmodischen Begriff der ‚verschämten Armen‘. Die Behörden und die Gerichte haben es leider in der Gegenwart in dem hier erörterten Zusammenhang mit einer andern Menschengruppe zu tun, die — wenn man auch ihr gegenüber Duldsamkeit und Humor walten läßt — neumodisch nicht anders als die ‚unverschämten Armen‘ bezeichnet werden kann. Wenn die Gesetze es ausschließen, daß sie im Einzelfall jeweils Hunderte oder gar Tausende hingebracht erhalten, dann ist der Gesetzgeber wegen solcher Voraussicht gewiß nicht zu tadeln. Die Aufgabe, die damit den Behörden und den Gerichten zugewiesen wird, ‚in der Vergangenheit zu wühlen‘, ist zwar ganz unerwünscht, aber sie muß um der Sache willen übernommen werden, solange die Einsicht und die Selbsterkenntnis der Betroffenen sich nicht als stark genug erweisen.»

*Dr. Walter Fabian, Zürich.*

## Buchbesprechungen

*Leon-H. Keyserling. Aussichten und Aufgaben. Aussichten für die Metallindustrie der USA im Zusammenhang mit den Aussichten für die Gesamtwirtschaft. Internationaler Metallarbeiterbund, Genf. 1958. 191 Seiten.*

Die Schrift basiert auf Vorträgen, die im Jahre 1957 an der Tagung des Internationalen Metallarbeiterbundes in Lugano gehalten wurden und stellt eine außerordentlich gründliche Untersuchung über die Wirtschaftsaussichten für die Vereinigten Staaten, im besondern der Metallindustrie, dar. Sie enthält eine Fülle von ausführlich kommentierten Zahlenangaben in Tabellenform, durch die die textlichen Ausführungen des Verfassers sehr gut dokumentiert werden. Berücksichtigt man den Zeitpunkt, in dem die Untersuchung durchgeführt wurde, so kann man feststellen, daß die Prognosen durch die bisherige Entwicklung fast ausnahmslos bestätigt wurden. Das läßt die Hoffnung zu, daß auch die Grundansicht des Verfassers, daß die USA in absehbarer Zeit trotz gegenteiliger Befürchtungen keine ernsthafte Wirtschaftskrise erleiden werden, ebenfalls zutreffen wird und daß es sich bei der nun bereits wieder abgeschwächten «Rezession» um eine zu meisternde Uebergangerscheinung handle. Mit Recht wird darauf hingewiesen, daß auch die Wirtschaft der USA keine «freie und unkontrollierte» Wirtschaft im Sinne des 19. Jahrhunderts mehr, sondern eine «weitgehend gelenkte freie» Wirtschaft im Sinne des 20. Jahrhunderts ist, die